Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse

Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl

Band: 19 (1994)

Heft: 3

Rubrik: Dilemma mit Staatsbürgerschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DILEMMA MIT STAATSBÜRGERSCHAFT

ROMA IN DER TSCHECHISCHEN REP. Schweiz. Dep.agentur 01.07.94

den sie zu Ausländern in dem Land, in denen die meisten von ihnen schon seit Jahrzehnten leben.

Und dies mit allen Konsequenzen: Ausländer haben kein Wahlrecht



Lange Menschenschlangen stehen seit einigen Tagen vor der slo-wakischen Botschaft in Prag. Die meisten der stundenlang Wartenden sind Roma. Nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Slowakei nach Böhmen und Mähren eingewandert, stehen Tausende von ihnen nach dem Zerfall der Tschechoslowakei vor einem Dilemma.

Bis zum 30. Juni hatten sie Gelegenheit, unter den Staatsbürgerschaften der beiden CSFR-Nachfolgestaaten zu wählen. Verpassten sie diesen Termin, wer-

und unterliegen als Unternehmer wesentlich härteren Bedingungen. Dazu kommt der Entzug von Sozialzuschüssen. Gerade der Verlust dieser Gelder käme für viele Roma-Familien einer Katastrophe gleich.

STRAFREGISTEREINTRAG ALS FUSSANGEL

Die tschechische Staatsbürgerschaft jetzt noch zu erlangen, wird aber für viele der in Böhmen und Mähren angesiedelten schätzungsweise 250'000 Roma keine einfache Angelegenheit, da das am 1. Juli in Kraft getretene entsprechende Gesetz einen
mindest zweijährigen ständigen
Aufenhalt in der Tschechischen
Republik sowie - und das ist der
Problempunkt - keinen Eintrag
ins Strafregister für einen
Fünfjahreszeitraum vorschreibt.

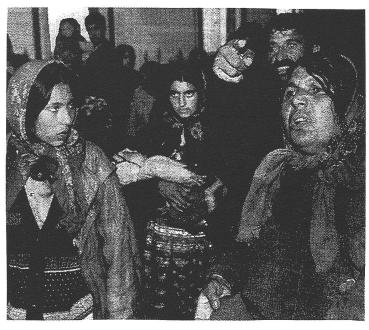
Nach Ansicht der Juristin Klara Samkova, die sich seit Jahren intensiv mit der Roma-Problematik beschäftigt, gibt das neue Gesetz dem Staat die Möglichkeit, sich legal nichtanpassungsfähiger Roma zu entledigen. Ähnlicher Meinung sind tschechische Menschenrechtsorganisationen. Dagegen sieht Beata Bernikova, Sprecherin des Innenministeriums in Prag, das das Gesetz ausgearbeitet hatte, in der Regelung nur das in der Praxis angewandte Gleichheitsprinzip. Eine Ausweichung der Norm wegen der Roma würde gegen die im Staat geltenden bürgerlichen Prinzipien verstossen, sagte Frau Bernikova.

VERFASSUNGSBESCHWERDE ANGEKÜNDIGT

Ganz anderer Meinung sind Vertreter des Demokratischen Roma-Kongresses (RDK): Sie wollen gegen das "Gesetz über die Erlangung und den Verlust der tsche-

GEDENKFEIER DER ROMA UND SINTI IN AUSCHWITZ, NZZ 04.08.94

Auschwitz, 3. Aug. (Reuter) Im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz haben am Mittwoch Hunderte von Roma und Sinti aus mehreren europäischen Ländern der Ermordung ihrer Angehörigen durch die Nationalsozialisten gedacht. Anlass des Gedenkens, an dem auch Polens Regierungschef Pawlak, Diplomaten und Kirchenvertreter teilnahmen, war die Ermordung der letzten 3000



chischen Staatsbürgerschaft" Verfassungsbeschwerde einreichen. Die Regelung sei verfassungswidrig, denn sie entziehe Zehntausenden ehemaligen tschechoslowakischen Staatsbürgern das Recht auf Heimat und verstosse gegen grundliegende Menschenrechte, sagte RDK-Mitarbeiter Jan Rusenko.

Seiner Schätzung nach haben etwa 70'000 Roma nicht die tschechische Staatsbürgerschaft beantragt. Womit sie Ausländer im eigenen Land geworden sind.

in Auschwitz gefangengehaltenen Roma und Sinti in der Nacht zum 3. August 1944. In einer Grussadresse erinnerte Polens Präsident Walesa an die Vernichtung der Roma und Sinti und versicherte, sie hätten heute in Polen einen sicheren Platz. Die Nationalsozialisten hatten 1942 mit der planmässigen Verfolgung von Roma und Sinti in ganz Europa begonnen. Im Lager Auschwitz-Birkenau wurden über 20'000 ermordet. Insgesamt brachten die Nationalsozialisten etwa 500'000 Roma und Sinti um.